

## Policy Brief 2022-1

# Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen in Europa sind starke Säulen einer nachhaltigen Entwicklung

Brüssel, 23. Februar 2022

## IndustriAll Europe fordert, dass die soziale Taxonomie den Beitrag der europäischen Wehr- und sicherheitstechnischen Industrien zu Frieden und Sicherheit in Europa berücksichtigt

Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einer Reihe von Kriterien für sozial nachhaltige Investitionen. Neben der „ökologischen Taxonomie“, die in den letzten Monaten ausgiebig diskutiert wurde, ist Ziel dieser „sozialen Taxonomie“, klare Kriterien für Aktivitäten zu formulieren, die einen positiven Beitrag zur Nachhaltigkeit der Gesellschaft leisten, keinen beträchtlichen Schaden verursachen oder nachteilig für die Nachhaltigkeit sind.

Die Plattform für nachhaltiges Finanzwesen, eine Expertengruppe der EU-Kommission, hat die Fragen einer sozialen Taxonomie ausgiebig erörtert. In einem im Sommer 2021 veröffentlichten Bericht hat eine Arbeitsgruppe der Plattform, die sich speziell mit der sozialen Taxonomie beschäftigt, „Waffen“ als eine „schädliche Branche oder Aktivität“ bezeichnet, und sie neben Glücksspiel und Tabak aufgeführt. Diese Einstufung soll sicherstellen, dass die in diesen Bereichen aktiven Industrien nicht „als sozial nachhaltig eingestuft werden können, trotz beispielsweise eines guten Abschneidens in Bezug auf Beschäftigungsbedingungen“.

Im klaren Gegensatz zu dieser Debatte hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in ihrer [Rede zur Lage der Union 2021](#) explizit auf die europäische wehrtechnische Industrie Bezug genommen. So hat sie eine „Mehrwertsteuerbefreiung beim Kauf von Verteidigungsausrüstung [...], die in Europa entwickelt und hergestellt wurde“, vorgeschlagen, da dies „nicht nur unsere Interoperabilität erhöhen, sondern auch unsere Abhängigkeit verringern“ würde. Außerdem hat sie vorgeschlagen, die Interoperabilität zu verbessern, und weiter in gemeinsame europäische Plattformen zu investieren, „von Kampfflugzeugen bis hin zu Drohnen und im Cyber-Bereich.“ Der [Fact Sheet](#) 'A Strategic Compass for the EU' formuliert als klares Ziel „für die EU, ein Sicherheitsträger für seine Bürger [zu sein] ... und weltweit zu Frieden und Sicherheit beizutragen“.

Es besteht ein Widerspruch in der Argumentation der Europäischen Kommission, die auf der einen Seite Steuerbefreiungen vorschlägt, um die Industrie zu unterstützen, und in Sicherheitsfragen eine aktive Rolle zu spielen, sowohl in der EU selbst als auch global, auf der anderen Seite aber dieselben Industrien als „sozial schädlich“ einstuft. Dies hat zur Folge, dass private Banken ihre Investitionen aus den Unternehmen

der wehr- und sicherheitstechnischen Industrien zurückziehen, oder ihre Geschäftsbeziehungen zu ihnen gänzlich einstellen.

Immer mehr Unternehmen der Branche haben Schwierigkeiten, die nötigen Finanzierungen zu erhalten, da Banken sich entschieden haben ihre Geschäftsbeziehungen mit ihnen aufzukündigen, oft unter Bezugnahme auf ökologische und soziale Kriterien, sowie auf Aspekte nachhaltiger Unternehmensführung („ESG-Goals“). In vielen Ländern sind es insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die davon betroffen sind.

Ein einheitlicher und verlässlicher Ansatz wäre hier nötig, um ein klares Signal sowohl an die europäische wehrtechnische Industrie als auch an private Banken zu senden, dass die europäische wehrtechnische Industrie und die konventionellen Waffen, die sie produzieren, eine zentrale Säule der europäischen Sicherheitsarchitektur sind. Wie Präsidentin von der Leyen betont hat, muss die EU ihre Abhängigkeiten in diesem Bereich reduzieren, um sicherzustellen, dass Frieden und Sicherheit in Europa erhalten werden können und nicht durch globale Bedrohungen gefährdet werden. Dies schließt den Schutz von kritischer Infrastruktur, inklusive einer sicheren Wertschöpfungskette, ein.

## Einstufung der europäischen wehr- und sicherheitstechnischen Industrien – Empfehlungen

IndustriAll Europe empfiehlt, die Einstufung der europäischen wehr- und sicherheitstechnischen Industrien als „schädlich für die Nachhaltigkeit“ zu überdenken, da wir der Überzeugung sind, dass die Industrie, wenn sie einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen ist, eine wesentliche Säule von Frieden und Sicherheit in Europa ist. Das UN-Ziel für Nachhaltige Entwicklung (SDG) 16, das „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ umfasst, muss auch für die EU gelten, unter klar definierten und gut begründeten Kriterien.

Wir schlagen deshalb vor, die Unternehmen der europäischen wehr- und sicherheitstechnischen Industrien in die Taxonomie-Kategorie „kein beträchtlicher Schaden für die Nachhaltigkeit“ einzustufen, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- ✿ Die konventionellen Produkte, die „keinen beträchtlichen Schaden darstellen“, sind vorrangig für den europäischen Markt und für befreundete demokratische Staaten bestimmt.
- ✿ Darüber hinausgehende Exporte sind verboten, mit Ausnahme von Exporten, die durch eine öffentliche Institution, die für die Umsetzung internationaler Verträge und/ oder von EU-Gesetzgebung verantwortlich ist, genehmigt sind. Letztendlich behalten die Mitgliedstaaten das Vorrecht, über Ausfuhrgenehmigungen zu entscheiden.
- ✿ Das Unternehmen verfügt über ein robustes, verlässliches und niedrighwelliges Compliance-System, das eine zeitnahe Aufdeckung von ausnahmslos jedem Fall möglichen Fehlverhaltens sicherstellt. Aus diesem Grund sollten die Unternehmen alles in ihrer Macht Stehende tun, um ein Höchstmaß an Rückverfolgbarkeit zu erreichen, damit sie genau wissen, wo die Waffen gelandet sind. Darüber hinaus sollten die Unternehmen alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Wahrscheinlichkeit eines illegalen Transfers zu verringern.
- ✿ Das Compliance-System muss ebenfalls die Zulieferer umfassen.

-  Das Unternehmen schützt sich vor dem Risiko einer illegalen Weitergabe von Produkten, einschließlich des Weiterverkaufs, die als keinen beträchtlichen Schaden darstellend klassifiziert wurden, indem es die Rückverfolgbarkeit der Produkte sicherstellt.
-  Das Unternehmen verkauft seine Produkte ausnahmslos unter der Voraussetzung, dass alle Kriterien, die in der sozialen Taxonomie definiert sind, erfüllt sind.

Dies muss flankiert werden durch eine restriktive Ausfuhrpolitik, die einer demokratischen Kontrolle durch die betroffenen Länder mit klaren Regeln und Vollstreckungsmechanismen unterworfen ist und im Einklang mit den anwendbaren internationalen Verträgen steht. Die EU muss, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, ein System von Ausfuhrkontrollen und der Nachverfolgung entwickeln, sowie eine klar definierte Vorgehensweise für jeden Verstoß.

Die europäischen Gewerkschaften mit Mitgliedern in der wehrtechnischen Industrie sind sich einig, dass keine Waffen, keine Munition und keine Ersatzteile in eine Region oder in einen Konflikt gelangen dürfen, für die sie nicht bestimmt sind. Die europäische wehrtechnische Industrie muss zuallererst für europäische Kunden und befreundete demokratische Staaten produzieren. Sie darf nicht abhängig sein von globalen Exporten von Waffen, Munition und Ersatzteilen.

Ausfuhren in Länder, die über keine eigenen wehr- und sicherheitstechnischen Industrien verfügen, die aber legitime Sicherheitsinteressen haben, können ausnahmsweise und im Einklang mit internationalen Verträgen und mit den nationalen Aufsichtsbehörden gemäß einer noch festzulegenden EU-Gesetzgebung genehmigt werden. Wenn die europäische wehrtechnische Industrie diese Regeln befolgt, sowie die klar definierten Regeln, auf die sich die Europäische Union und die Mitgliedstaaten geeinigt haben, sollte sie im Kontext der sozialen Taxonomie als „keinen beträchtlichen Schaden darstellend“ eingestuft werden.

Europa braucht starke und konsolidierte wehr- und sicherheitstechnische Industrien, um Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent und im Rahmen seiner Bündnisse gewährleisten zu können. In diesem Sinne könnte die derzeitige Diskussion über eine soziale Taxonomie die bestehenden wehr- und sicherheitstechnischen Industrien in Europa bedrohen und ein Anreizsystem für die Einhaltung vereinbarter europäischer Grundsätze in den wehr- und sicherheitstechnischen Industrien und für eine wirksame Rüstungskontrolle in Europa darstellen und darüber hinaus langfristig das Risiko einer Abhängigkeit Europas von anderen Ländern bergen. Dies wäre mittel- und langfristig schädlich in einer Welt, in der gegenwärtige und zukünftige Akteure Europa als verwundbar identifizieren könnten. Darüber hinaus würde diese europäische Entscheidung die Souveränität jedes Landes im Hinblick auf Maßnahmen zur Verteidigung seines Raumes und seiner Unabhängigkeit missachten.

Es bedarf eines starken Signals der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten an die Finanzmärkte. Frieden und Sicherheit in Europa sind unabdingbare Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, auch im Kontext einer sozialen Taxonomie und die Finanzierung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrien ist für ihren Fortbestand unerlässlich. Private Banken sollten daher ermutigt werden ihre vertraglichen Beziehungen zu den Unternehmen der wehr- und sicherheitstechnischen Branche wieder aufzunehmen, und Projekte zu finanzieren, die den Kriterien entsprechen, die in der sozialen Taxonomie der EU definiert sind.

Unabhängig von diesen kurzfristigen Notwendigkeiten sollte Europa eine grundlegende und demokratische Debatte zur Zukunft der wehr- und sicherheitstechnischen Industrien als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur führen. IndustriAll Europe schlägt vor, eine europäische Stakeholder-Plattform einzurichten, die Vertreter\*innen der Europäischen Union, der europäischen Regierungen, der Industrie, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft umfasst. Industrieunternehmen sind tendenziell nachhaltiger, wenn ihre Produktion diversifiziert wird, sofern dies technologisch möglich ist. Durch Diversifizierung kann zudem eine zu große Exportabhängigkeit verringert werden. Diese Plattform soll Transformationsperspektiven für die europäische Wehrtechnikbranche diskutieren, inklusive Diversifizierungsstrategien, um die überdurchschnittliche Abhängigkeit von einem spezifischen Sektor, ebenso wie die allzu große Abhängigkeit von Ausfuhren zu reduzieren. Die Stakeholder-Plattform soll künftige politische Entscheidungen über die Produktion von Waffen, sowie deren Weiterverbreitung, vorbereiten.